

Unzertrennbar: Politische Erwachsenenbildung und die Demokratie

Klaus-Peter Hufer

Zusammenfassung

Politische Bildung ist eine wesentliche Aufgabe der geförderten Erwachsenenbildungseinrichtungen. In der Ländergesetzgebung als juristischem Ordnungsrahmen ist diese häufig mit normativen Zielvorgaben zum Erwerb der erforderlichen Kompetenzen zur Mitgestaltung und Stärkung der Demokratie zu finden. Dabei wird die Demokratie aktuell durch die Prozesse der Individualisierung und Globalisierung in zunehmendem Maße gefährdet. Der Politischen Bildung kommt vor diesem Hintergrund dieser Erosionsprozesse die Aufgabe der breit gefächerten Antworten auf sehr verschiedenen Ebenen zu, die im folgenden skizziert werden.

1. Demokratie steht im Zentrum politischer Erwachsenenbildung

Demokratie steht im Zentrum von politischer Erwachsenenbildung. Dieser kategorisch klingende Satz kann mehrfach begründet werden: Einmal weil politische Bildung, wenn sie „politisch“ und „Bildung“ ist, kein beliebiges Unterfangen ist. Sie wirbt für demokratische Grund- und universelle Menschenrechte. Das unterscheidet politische Bildung von politischer Agitation und/oder Indoktrination. Zum anderen ist politische Bildung in ihrer Praxis gemeinsame Informationsbeschaffung, diskursive Verständigung, kommunikative Suchbewegung und wechselseitige Anerkennung der am Bildungsprozess Beteiligten. Das ist die Konsequenz, wenn die konsensfähigen didaktischen Prinzipien politischer Erwachsenenbildung umgesetzt werden: Teilnehmerorientierung, Subjektorientierung, Alltags-/Lebendweltorientierung und Handlungsorientierung (siehe Hufer 2016, 83–89). Drittens schließlich ist Demokratie bildungspolitische Zielvorgabe. In allen Erwachsenen-/Weiterbildungsgesetzen der Länder wird politische Bildung als Aufgabe der geförderten Bildungseinrichtungen genannt, und zwar immer mit normativer Zielvorgabe:

- Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte und Pflichten: Sachsen, Schleswig-Holstein

- Verständnis für gesellschaftliche und politischen Vorgänge/Beurteilung gesellschaftlicher Zusammenhänge: Bayern, Saarland, Thüringen
- Befähigung zum verantwortlichen/verantwortungsbewussten Handeln: Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein
- Befähigung zur Mitgestaltung des demokratischen Gemeinwesens/der Gesellschaft/Mitwirkung und Mitverantwortung im öffentlichen Leben/aktive Mitgestaltung demokratischer Verhältnisse/Teilhabe an der gesellschaftlichen und staatlichen Willensbildung: Hessen, Nord Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein
- Teilhabe an der Gesellschaft, Veränderung der Gesellschaft: Bremen
- kritisches Handeln/kritische Verarbeitung der Kenntnisse/Kritikfähigkeit/kritische Beurteilung gesellschaftlicher Zusammenhänge: Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen
- Fähigkeit zur rationalen Austragung von Konflikten: Schleswig-Holstein
- Förderung des sozialen Zusammenhalts: Bremen
- Mitarbeit in einer aktiven Bürgergesellschaft/Weiterentwicklung einer aktiven Bürgergesellschaft: Bremen, Mecklenburg-Vorpommern
- Überwindung von Ungleichheiten: Bremen
- Toleranz: Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Thüringen
- Bekämpfung von Rassismus/Extremismus: Mecklenburg-Vorpommern (siehe Hufer ebd., 63 f.).

2. Demokratie ist kein Geschenk

Doch ist das zu leisten? Das ist die falsche Frage, es *muss* geleistet werden. Denn wer auf die Verhältnisse unserer Gegenwart schaut, der kommt um eine Feststellung nicht umhin: Wir leben in entgrenzten Zeiten, in denen unsere Gesellschaft auseinanderdriftet. Aber es bedarf eines Zusammenhalts, sollen nicht Anomie, Gleichgültigkeit und Egoismus bestimmende Merkmale und Handlungen der hier lebenden Menschen sein. Hinzu kommt, dass der Zweifel an der Gestaltungsfähigkeit und -kraft von Politik schwindet. Die Folge ist nicht nur ein nachlassendes Interesse an Politik, nicht nur Politikverdrossenheit, sondern Politikverweigerung (Boeser u. a. 2016, 19–24). Bei Befragungen nach der Attraktivität von Berufen landen Politiker/-innen regelmäßig auf den hinteren Plätzen, mitunter sogar auf dem letzten Platz (ebd., 20).

„Die“ Politik hat ein sehr schlechtes Ansehen. Das ist ein Existenzproblem für eine plurale Demokratie. Denn eine demokratische Gesellschaft ist vital darauf angewiesen, dass sich Menschen für Politik interessieren und in ihr engagieren. Dies ist das Lebenselixier einer Demokratie.

Eine Demokratie ist kein Geschenk, sie muss verstanden und verteidigt werden. Eine Demokratie zu haben, in ihr zu leben, ist nicht selbstverständlich. Die britische Zeitschrift „The Economist“ stellte für 2017 einen „Demokratie-Index“ auf. Mit acht Kategorien (The Economist 2018, 3) wurden 167 Länder drauf hin untersucht, wie demokratisch, weniger oder nicht demokratisch die Verhältnisse dort sind. Das irritierende Ergebnis: Nur 19 Ländern konnten diesen Maßstäben zufolge eine „voll-

ständige Demokratie“ bescheinigt werden. Deutschland ist dabei, aber nur auf Platz 13 (an erster Stelle war Norwegen, gefolgt von Island, Schweden, Neu-Seeland, Dänemark) (ebd., 5). Übersetzt man das in die Zahl der dort lebenden Menschen im Verhältnis zur gesamten Weltbevölkerung, dann sieht das beklemmend aus, denn nur 4,5 % aller Menschen lebten 2017 in einer vollständigen Demokratie“ (ebd., 3). Die Annahme ist bestimmt nicht abwegig, dass die stabile demokratische Verfasstheit Deutschlands eng mit einer kontinuierlichen politischen Bildung in den Schulen, der Jugendbildung, aber auch der Erwachsenenbildung zusammenhängt. Umgekehrt: In nicht-demokratischen Ländern gibt es keine politische Bildung im Sinne von Aufklärung und Mündigkeit, sondern allenfalls staatlich verfügte Indoktrination mit dem Ziel der Anpassung an die bestehenden Systeme.

Die Menschen werden nicht unbedingt als Demokraten geboren. Daher gilt der immer wieder zitierte Satz von Oskar Negt: „*Demokratie ist die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss* – immer wieder, täglich und bis ins hohe Alter hinein“ (Negt, 2010, 13., s. a. 174).

Aber unzweifelhaft gibt es hierzulande eine „autoritäre Dynamik“ (Decker/Brähler 2018, 151) mit entsprechenden Symptomen. So ist einer neueren empirischen Erhebung zu entnehmen, dass „nur knapp 30 % [der Bevölkerung] ausdrücklich demokratisch orientiert sind und für plurale und Gleichheitswerte eintreten, ein weiteres Drittel ist unentschieden“ (ebd.).

3. Individualisierung, Globalisierung und die Folgen

Wir leben in einer Zeit fortschreitender Unübersichtlichkeit bzw. Uneindeutigkeit. Das zeigt sich in der schnellen Abfolge der Zeitdiagnosen, die gleich Etikette der jeweiligen Zuschreibungen sind. „Die Befunde wechseln einander rasant ab“, stellt die Neue Zürcher Zeitung fest und beschreibt den Wechsel so: „In eine nicht ganz exakte Reihenfolge und eine kleine Erzählung gebracht, die zwar keinen Sinn stiftet: Erst wurden wir Gesellschaftsmitglieder von soziologischer Phantasie aus der industriellen in die postindustrielle Gesellschaft geschickt, dort und dann mit der Risikogesellschaft beunruhigt, dafür aber wenig später in der Multioptionsgesellschaft aufgeheitert, die sich vorübergehend in die Erlebnis- und die Spassgesellschaft verwandelte. Von Letzterer allmählich überanstrengt, wurden wir in der Kommunikationsgesellschaft ansässig oder ließen uns in der Informations- und der Wissensgesellschaft auf den Boden der Tatsachen zurückholen, die allerdings nicht mehr ganz handfest waren“ (Wenzel 2017).

Der Fundus an soziologischen und politologischen Zuschreibungen ist noch weitaus größer. Doch die Etikettierungen sollen jetzt nicht weiterverfolgt werden. Es soll auf zwei große Prozesse verwiesen werden, Megatrends, die weltweit ablaufen und das soziale, ökonomische und politische Leben stark prägen und verändern. Individualisierung und Globalisierung.

Individualisierung heißt Loslösung aus den traditionellen Zugehörigkeiten zu Klassen, Schichten und Rollenbildern. Die Gesellschaften, zumindest die der Industrienatio-

nen, zeigen und fordern Mobilität und Flexibilität. Das kann, wer die Ressourcen dazu besitzt, als Befreiung verstanden werden aus überbrachten, oftmals engen und rigiden Bindungen und Milieus. Der Prozess hat aber auch eine Kehrseite, z. B. wie Ulrich Beck vermerkt, den „*Verlust an traditionellen Sicherheiten* im Hinblick auf Handlungswissen, Glauben und leitenden Normen [...]“ (Beck 1986, 206).

Für politische Bildung sind Empathie, Solidarität und öffentliches Handeln die bestimmenden Kategorien und Zielvorstellungen. Diese sind Kriterien einer emanzipierten Individualität. Sie zeigt sich darin, dass Menschen „ihre [...] Individualität wechselseitig anerkennen, zugleich verschonen und sich aufeinander beziehen“ (Brumlik 2016, 88 f.). Jetzt stellt sich die Aufgabe, für diese Ideen auch (und gerade) in einer vollends individualisierten Gesellschaft zu werben, damit Individuierung und individuelle Entfaltung nicht durch eine Dominanz des Selbst (Selbstdurchsetzung, Selbstbehauptung, Selbstverwirklichung, Selbstvermarktung Selbstinszenierung etc.) ersetzt werden. Genau das vermitteln Botschaften der Konsumindustrie und der Boulevardmedien.

Globalisierung meint „Vernetzung über Grenzen hinweg. Globalisierung ist ein Prozess, in dem ‘Ereignisse in einem Teil der Welt zunehmend Gesellschaften und Problembereiche in anderen Teilen der Welt berühren’ (Wichard Woyke)“.¹ Grenzen, die natürlichen und die staatlichen, werden dabei zunehmend unbedeutend. Die Entfernungen schwinden, das Ferne wird nah, Ereignisse, die das eigene Leben berühren, haben oft eine weit entfernte Ursache. Umgekehrt bestimmt das Nahe auch das Ferne. Die Welt gleicht sich immer mehr: Mac Donalds ist überall, dafür verschwindet das Traditionsgasthaus, Amazon verdrängt den örtlichen Buchhändler. Und es kommt zu Begegnungen von Menschen, die sich nur 50 Jahre vorher nie begegnet wären.

Durch die Globalisierung stellen sich eminente Herausforderungen für politische Bildung. Fragen sind u. a.: Wie zivilisierend und wechselseitig anerkennend gestaltet sich die Begegnung zwischen „angestammten“ und neu hinzugekommenen und -kommenden Menschen? Welche Rolle spielen Ängste und Vorurteile, wie wirken diese sich politisch aus? Wie können die internationalen und globalen Vereinbarungen und Verflechtungen einsichtig gemacht werden? Welche Werte und Regeln sind in einer multikulturellen Gesellschaft unverzichtbar und nicht zu verhandeln? Wie ist umzugehen mit dem Gefühl individueller Ohnmacht in diesem weltweiten Prozess?

Individualisierung und Globalisierung bilden die Folie und den Hintergrund für weitere Entwicklungen und Veränderungen unserer Gesellschaft. Zweifelsohne beeinflussen sie unser aller Leben auch positiv, z. B. mit Bildung, Weltoffenheit und Freiheit. Das muss jetzt nicht besonders ausgeführt werden. Aber es gibt auch eine Kehrseite, diese zeigt sich in Widersprüchlichkeiten und Friktionen.

4. Politische Bildung ist unverzichtbar

Ich nenne nun, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, Prozesse und Phänomene, die in ihrer radikalisierten Weiterentwicklung den Kern von Demokratie aushöhlen. Daher

liefern sie allesamt Fragen, auf die denen politische Bildner/-innen Antworten geben müssen. Ich fasse das in Thesen zusammen, sie sollen gleichzeitig ein Plädoyer sein für die Unverzichtbarkeit politischer Bildung.

- Demokratie lebt von Demokraten. Doch nicht wenige Bürgerinnen und Bürger sind da auf Distanz gegangen. Daher bedarf es Gelegenheiten, Foren und Orte, an denen sie sich alle treffen, die sattelfesten und die zweifelnden Demokraten, die Engagierten und die Weggetauchten, wo sie sich informieren, ihre Meinungen und Interessen austauschen und ihre politischen Ideen abgleichen. Solche Orte und Foren sind die Veranstaltungen zur politischen Bildung. In ihnen kann sowohl leidenschaftlich als auch rational und bei gegenseitiger Wertschätzung der Beteiligten diskutiert werden. Vor allem kann da gezeigt und begründet werden, dass es zur Demokratie keine humanen politischen Alternativen gibt.
- Der modernen Gesellschaft gehen die „Ligaturen“ verloren, „also tiefe kulturelle Bindungen, die Menschen in die Lage versetzen, ihren Weg durch die Welt der Optionen zu finden“ (Dahrendorf 1992, 41). Das zeigt sich u. a. am rapiden Mitgliederschwund der großen Volksparteien ebenso wie bei den nicht nachlassenden Kirchenaustritten. Sicherlich kommt damit Bewegung auf, verkrustete Strukturen und alte Machtverhältnisse werden aufgeweicht, und es bilden sich neue Formen der Bindung und Zugehörigkeit. Aber es entsteht ein vielfältiges und diffuses Patchwork, in dem die unzähligen sich neu herausgebildeten Szenen in ihrem jeweiligen Nischendasein nicht selten voneinander abgeschottet und zueinander beziehungslos ihr Eigenleben führen. Wie finden da noch öffentliche Kommunikation und politische Öffentlichkeit statt, die allen zugänglich ist? Wer findet sich im unübersichtlichen Markt der Anbieter von Werten und Sinn noch zurecht? Die Plattformen der politischen Bildung können da Orientierungen bieten.
- In einer höchst komplexen, sich immer weiter mit neuen Entwicklungen drehenden Gesellschaft stellt sich die Frage, welche Ethik die Richtung bestimmt. Grundlegende Entscheidungen und Folgeabwägungen drängen sich auf, durch neue Techniken und Technologien, durch virtual reality, den Ersatz menschlichen Handelns durch Roboter und die Digitalisierung der Arbeitswelt, der Finanzströme, der Medien und des Alltagslebens. Medizinische Interventionen sind möglich, die an die Substanz der menschlichen Identität und Selbstbestimmung gehen, genetische Eingriffe verändern die Natur, ohne es wieder rückgängig machen zu können. Wie weit darf man jeweils gehen, welche Konsequenzen sind zu erwarten, vor welchen Risiken sollte man sich hüten? Bei den Veranstaltungen der politischen Bildung können sich Bürgerinnen und Bürger treffen, die Pros und Contras abwägen und ihre ethischen Kompassnadeln justieren.
- In unserem Leben wird immer mehr betriebswirtschaftlich gedacht und in fast allen Facetten nur noch so entschieden. Auch Einrichtungen der Jugend- und Sozialarbeit, der Vermittlung von Kultur und Bildung müssen ihre Existenz mit harten Zahlen legitimieren. In den Einrichtungen der Erwachsenenbildung wird auf die Bereiche gesetzt, die Employability und berufliche und private Durchsetzung verheißen.

In die letzten Poren der Gesellschaft dringt die Betriebswirtschaft – oder was darunter verstanden wird; „die bestimmende Ideologie ist die betriebswirtschaftliche Rationalität, die sich ausdehnt über die ganze Gesellschaft“ (Negt, in Gruber/Pichler 2014, 18). Dazu Oskar Negt: „Ich glaube, dass es notwendig ist, die betriebswirtschaftliche Mentalität als etwas auch Zerstörerisches für das Gesamtwesen, das Gemeinwesen, zu erkennen“ (ebd., 19). Wenn aber nur noch der eigene ökonomische Vorteil zählt, dann bleiben Gerechtigkeit und Solidarität auf der Strecke. Die „Freiheit“ wird zur Freiheit der Konsumententscheidung und des Konkurrenzkampfs. So wird der moralische Kitt für eine Gesellschaft verbraucht. Dagegen ist es eine elementare Leitidee von politischer Bildung, das Wechselverhältnis von Freiheit und Gleichheit/Gerechtigkeit auszuloten. Entgegen dem betriebswirtschaftlich untermauerten Sozialdarwinismus wirbt politische Bildung für Empathie und wechselseitige Anerkennung. Aber ihre Veranstaltungen bringen den Einrichtungen „kein Geld“ – das sollten sie auch nicht, denn wer sich zur Teilnahme an politischen, interkulturellen oder inkludierenden Bildungsveranstaltungen entschließt, hat dadurch kaum einen Nutzen, der seinen eigenen „Marktwert“ erhöht. Es ist vielmehr ein Engagement, das der Gesellschaft insgesamt zugutekommt. Solche Angebote müssten frei sein von der Fixierung auf eventuelle „Kostendeckungsgrade“, die neuerdings berechnet werden. Dafür müssen die Einrichtungen ein entsprechendes, alle Sach- und Fachbereiche umfassendes Verständnis entwickeln und so etwas wie eine „Robin-Hood-Regelung“ herbeiführen: die „reichen“ Bereiche subventionieren die „armen“ (aber ebenso notwendigen).

- Für die Veranstaltungen zur politischen Bildung zu werben, ist schon problematisch genug. Denn immer mehr Bürger/-innen zeigen Aversionen gegen die etablierte Politik. Politische Bildung gerät da in eine Art Sippenhaft. Doch Angebote der politischen Bildung können Brücken sein, die von der totalen Entfremdung zwischen Politik und Bürger/-innen wieder zurückführen. Sie können Interesse wecken und Einsicht in die Unverzichtbarkeit von Politik. Sie können Lust machen, wieder Politik zu wagen, auch unabhängig von einer Parteipolitik (Boeser-Schnebel u. a. 2016).
- Eine zivile Gesellschaft lebt von der wechselseitigen Anerkennung unterschiedlicher Lebensentwürfen, Kulturen und Herkünfte: Diese ist aber durch Fundamentalismen sowie populistische und totalitäre Ideologien gefährdet. Ihre Protagonisten locken mit einfachen Lösungen für die höchst komplexen Probleme der Gegenwart. In ihren Angeboten enthalten sind Absolutheitsansprüche, Ausgrenzungen, Diskriminierungen und Ausschaltung der Menschenrechte. Die Einrichtungen der politischen Bildung dagegen sind Anwältinnen der Demokratie, der Menschenrechte und der Toleranz. In ihren Veranstaltungen kann man lernen, wie auf populistische und rassistische Parolen reagiert (Hufer 2019) und wie die Strategie der „Metapolitik“ der Neuen Rechten entlarvt werden kann (Hufer 2018).
- Ein neues Phänomen hat sich in rasanter Schnelligkeit verbreitet: die Behauptung, wir lebten in einem „postfaktische Zeitalter“ (Marschall 2017). Den Auftakt machte die Amtseinsetzung Trumps. Bei ihr, erklärte er, hätte die Sonne geschienen und es seien anderthalb Millionen Menschen erschienen, angeblich mehr als

bei Obamas öffentlicher Antrittsrede am selben Platz. Beides stimmt nachweislich nicht (Hendricks/Vestergaard 2018, 91–93). Dazu Trump: „Whatever it was, it was“ (zit. nach ebd., 92).

„Postfaktisch“ meint wohl, es gäbe Tatsachen hinter den Fakten. Weitere Begrifflichkeiten in diesem Zusammenhang sind „Fake News, also „fingierte Nachrichten“ (ebd., 100) und „alternative Fakten“. Letzteres ist „blanker Unsinn [...] Fakten sind nun mal Fakten. Äußerungen, die faktische Dinge betreffen, sind entweder wahr oder falsch. Eine alternative Behauptung, die eine wahre Aussage bestreitet, ist einfach nur eine falsche Behauptung“ (ebd., 94).

Hinzu kommt, dass es in den Alltagserzählungen von Verschwörungstheorien wimmelt (Hepfer 2016). Sie gab es zwar schon immer, aber „[d]as Internet macht Verschwörungstheorien [...] sichtbarer als das früher der Fall war“ (Butter 2018). Verschwörungstheorien „begegnen einem persönlich, beispielsweise in einschlägigen Facebook-Gruppen. Die Themenfelder reichen von manipulierten Wahlen, Chemtrails, Klimalüge, inszenierten Terroranschlägen bis zu totaler Überwachung. Fake News dominieren Diskussionen am Stammtisch ebenso wie auf Social Media-Plattformen. [...] Vielfach werden gängige Verschwörungstheorien wie die angeblich gefälschte erste Mondlandung gekoppelt mit der Botschaft, der oder die Einzelne sei auch nicht mehr als eine hilflose Marionette im Weltentheater, gesteuert von Kleingruppen mächtiger Individuen, die hinter den Kulissen die Fäden zögen. Ob Illuminaten, Freimaurer, das Pharmakartell oder die Juden – Geheimgesellschaften hätten Machtzentren wie Politik und Medien infiltriert und steuerten sie. Dabei gehe es ihnen um nichts Geringeres als die Weltherrschaft.“²

Es gibt Verlage, die ihr Programm auf Verschwörungstheorien ausgerichtet haben. Sie sind in der neurechten Szene fest verwurzelt (siehe Hufer 2018, 140 – 144). Der Kopp Verlag z. B. hatte im August 2018 auf seiner Homepage ganz oben den Titel platziert „Die De-Stabilisierung Deutschlands“. Worum es dabei gehen soll, teilt der Verlag mit: „Die Bundesregierung verhinderte im Interesse der CIA aktiv die Festnahme des IS-Terroristen Anis Amri“. Ein anderes Buch hat den Titel „Umvolkung“ und will erklären „Wie die Deutschen still und leise ausgetauscht werden.“³

Für diejenigen, die sich in Bildungsarbeit engagieren, werden dadurch die Zeiten noch schwerer, als sie bereits waren. Denn welche Überzeugungskraft haben die in ihren Veranstaltungen, in ihren Vorträgen, Kursen, Workshops und Seminaren vermittelten Daten, Fakten und Informationen, wenn sowieso nichts mehr geglaubt wird und sich immer mehr Menschen ausschließlich aus den Kammern und Blasen ihre medialen Netzwerke informieren? Wie widerlegt man die Gewissheit, dass nur das stimme, was in gezielt angeklickten Foren und Seiten im Internet entnommen wird?

Sehr optimistisch mutet da die Überzeugung an, dass Aufklärung durch Vernunft möglich sei. Bertolt Brecht lässt seinen Galilei sagen: „Die Verführung, die von einem Beweis ausgeht, ist zu groß. Ihr erliegen die meisten, auf Dauer alle. Das Denken gehört zu den größten Vergnügungen der menschlichen Rasse“ (Brecht, 1968, 35). Das klingt fast nostalgisch alteuropäisch. Aber trotz dieses

Zweifels gibt es keine Alternative zum immer noch gültigen Credo Kants aus dem Jahr 1784, dass mit dem Ausgang aus der „selbst verschuldeten Unmündigkeit“ die Aufklärung beginnt. Ist es nicht das höchste Ziel für politische Bildner/-innen, getreu nach Kants „Wahlspruch“, die Teilnehmer/-innen ihrer Veranstaltungen dabei zu unterstützen, dass sie den „Mut“ haben sollten, sich ihres „eigenen Verstandes zu bedienen“? (Kant 1784, 481). Auch jetzt, 235 Jahr später, bleibt das ein zentrales Ziel politischer Bildung – allerdings in einer Situation weitgehender Unübersichtlichkeit. Damit tritt David, nur mit der Kraft des Arguments und des Verstandes ausgestattet, gegen die Goliaths Google, Amazon, Facebook, gegen die Macht der Algorithmen, gegen die Manipulationen der Internet-Trolls und Bots an. Was da hilft, ist das „Prinzip Hoffnung“ (Bloch 1982).

Und davon muss man eine ganze Menge haben, wenn man in der politischen Bildung arbeitet.

Zum Schluss ein eindringlicher Hinweis auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Gegenwart. Laut Statistischem Bundesamt machten sich im Jahr 2016 in Westdeutschland 36 % und in Ostdeutschland 43 % der Menschen „große Sorgen“. Dieser Anteil stieg gegenüber dem Vorjahr deutlich um ca. 10 Prozent (Statistisches Bundesamt 2018, 389). Angesichts dieses Befundes müssen gerade politische Erwachsenenbildner/-innen herausgefordert sein. Denn eine Gesellschaft, in der die Menschen unverbundlich neben- oder gar gegeneinander her leben, kann zwar eine politische sein, aber sie ist keine wirklich demokratische Gesellschaft, weil zum Kern der pluralen Demokratie u. a. eine „aufgeklärte Öffentlichkeit“ (Nohlen 2015, 90) sowie eine Kultur der gegenseitigen Anerkennung, die „Einbeziehung des Anderen“ (Habermas 1996) und die Bereitschaft zählt, sich für die allgemeinen Belange zu engagieren. Offensichtlich sind die hierzu notwendigen Energien erschöpft bzw. es macht sich angesichts der Absorptionskraft des Staates und der Administration und der „dezentralisierte[n] Regelungsinstanz des Marktes“ (ebd., 278) Resignation breit. Vielleicht mangelt es auch an Plausibilität, ob es sich angesichts dieser Verhältnisse wirklich „lohnt“, an öffentlichen Vorgängen zu partizipieren. Umso wichtiger ist es, dass Solidarität als „*dritte Quelle* der gesellschaftlichen Integration“ (ebd.) wirksam wird. Dafür muss auch utopisches Denken wieder Lust machen, das Denken über den Tag und die Eindimensionalität hinaus. Denn: „Wenn die utopischen Oasen austrocknen, breitet sich eine Wüste von Ratlosigkeit und Banalität aus“ (Habermas 2003, 47).

Es gibt also Themen und Stoff in Hülle und Fülle für politische Erwachsenenbildung.

Anmerkungen

- 1 www.bpb.de/veranstaltungen/netzwerke/teamglobal/67277/was-ist-globalisierung (letzter Aufruf am 16.3.2019)
- 2 www.br.de/fernsehen/ard-alpha/programmkalender/sendung-2005542.html (letzter Aufruf am 16.3.2019)
- 3 www.kopp-verlag.de/Umvolkung.htm?websale8=kopp-verlag&pi=123745&ci=000402 (letzter Aufruf am 16.3.2019)

Literatur

- Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main 1986.
- Bloch, Ernst: Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt am Main 1982.
- Boeser-Schnebel, Christian/Hufer, Klaus-Peter/Schnebel, Karin/Wenzel, Florian: Politik wagen. Ein Argumentationstraining, Schwalbach/Ts. 2016.
- Brecht, Bertolt: Leben des Galilei, 8. Aufl., Frankfurt am Main 1968.
- Brumlik, Micha: Das alte Denken der neuen Rechten. Mit Heidegger und Evola gegen die offene Gesellschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2016, S. 81–92.
- Butter, Michael: „Verschwörungstheorien sind ein Riesengeschäft“, Interview, in: WirtschaftsWoche, 20.4.2018, in: www.wiwo.de/politik/ausland/michael-butter-verschwoerungstheorien-sind-ein-riesengeschaeft/21183972.html (aufgerufen am 16.3.2018).
- Dahrendorf, Ralf: Der moderne soziale Konflikt, Stuttgart 1992.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar: Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft, Gießen 2018.
- Gruber, Elke/Pichler, Heinz: Nur noch Utopien sind realistisch. Perspektiven und Wegweisungen für eine solidarische Gesellschaft. Oskar Negt im Gespräch mit Peter Kaiser, Klagenfurt/Celovec 2014.
- Habermas, Jürgen: Zeitdiagnosen. Zwölf Essays, Frankfurt am Main 2003.
- Habermas, Jürgen: Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie, Frankfurt am Main 1996.
- Hendricks, Vincent F./Vestergaard, Mads: Postfaktisch. Die neue Wirklichkeit in Zeiten von Bullshit, Fake News und Verschwörungstheorien, München 2018.
- Hufer, Klaus-Peter: Zwischen Aktion und Reflexion. Handlungsorientierung in der politischen Erwachsenenbildung, in: Polis. Report der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung 2/2015, S. 8–11.
- Hufer, Klaus-Peter: Politische Erwachsenenbildung. Plädoyer für eine vernachlässigte Disziplin, Bielefeld 2016.
- Hufer, Klaus-Peter: Neue Rechte, altes Denken – Ideologie, Kernbegriffe und Vordenker, Weinheim und Basel 2018.
- Hufer, Klaus-Peter: Argumente am Stammtisch – Erfolgreich gegen Parolen, Palaver und Populismus, Schwalbach/Ts., 8. komplett überarbeitete und aktualisierte Auflage 2019.
- Kant, Immanuel: Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? In: Berlinische Monatsschrift, 1784, H. 12, S. 481–494.
- Marschall, Peter: Lügen und Politik im „Postfaktischen Zeitalter“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 12/2017, S. 17–22.
- Negt, Oskar: Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform, Göttingen 2010.
- Nohlen, Dieter/Grotz, Florian (Hrsg.): Lexikon der Politik, 6. überarbeitete und erweiterte Auflage, München 2015.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2018. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2018.
- The Economist. Intelligence Unit: Democracy Index 2017. Free speech under attack, London, New York, Hong Kong 2018.
- Urbach, Dietrich: Die Volkshochschule Groß-Berlin 1920 bis 1933, Stuttgart 1971.
- Wenzel, Uwe Justus: Zeitdiagnose im rasenden Stillstand, in: Neue Zürcher Zeitung vom 10.5.2018, in: www.nzz.ch/feuilleton/in-welcher-gesellschaft-leben-wir-zeitdiagnose-im-rasenden-stillstand-ld.1291990 (aufgerufen am 16.3.2019).